EP-FR-01-787

C – Was Frieden schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Sava Stomporowski (KV Bonn)

Änderungsantrag zu EP-FR-01

Von Zeile 787 bis 790:
~~Der Rüstungsspirale in der Region wollen wir mit einer gemeinsam und geschlossen auftretenden EU entgegenwirken. Wir begrüßen diplomatische Bemühungen um Deeskalation in der Region. Normalisierung von Beziehungen darf nicht zu Straflosigkeit führen, zum Beispiel angesichts der Menschheitsverbrechen des Assad-Regimes in Syrien.~~

Die brutalen Angriffe der Hamas auf Israel stellen eine Zäsur dar, die Iranpolitik in der EU gemeinsam - unter Einbeziehung der iranischen Diaspora für ein freies und demokratisches Iran - zu überdenken, da die Islamische Republik Iran Geldgeber und damit Unterstützer von Angriffen der Hamas, Hisbollah und des Islamischen Jihads ist. Nur so konnten auch die Angriffe vom 7. Oktober 2023 auf die israelische Bevölkerung erfolgen. Auch wenn das Atomabkommen mit der Islamischen Republik Iran zunächst als großer diplomatischer Erfolg erschien und die EU trotz der Aufkündigung der USA daran festhalten wollte - scheitert es am Willen des Regimes im Iran, in Frieden mit Israel leben zu wollen.
Die Islamische Republik Iran hat die Fähigkeit der Urananreicherung zum Bau der Atombombe weiterentwickelt. Wir stehen vor der Notwendigkeit, eine Atombombe aus dem Iran zu verhindern - für das Existenzrecht und zum Schutze Israels. Wir müssen eingestehen, dass eine Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) beim Iran fehlgeschlagen ist. Das Atomabkommen, Joint Comprehensive Plan of Action - JCPOA - kann nicht mehr fortgeführt, alle Handelsbeziehungen müssen abgebrochen werden.Wir werden im Rahmen der EU darauf hinwirken, dass die Islamische Republik Iran in der Region jegliche Terrorfinanzierung einstellt und die brutale Unterdrückung der Frauen sowie der gesamten Bevölkerung beendet. Wir wollen im Rahmen der EU Sanktionen und den politischen Druck verschärfen.

Begründung

Das Islamistische Terrorregime im Iran hat die Fähigkeit entwickelt, Uran anzureichern - eine Voraussetzung für den Bau einer Atombombe. Im September 2022 informiert der IAEA Bericht (Internationale Atomenergie Kommission), dass das Regime sein Atomprogramm rasant ausgebaut habe und mehr als 60 Prozent angereichertes Uran produziere. Im Atomabkommen von 2015 waren lediglich 3,67 Prozent vereinbart!

Vor einem Jahr gingen westliche Geheimdienste davon aus, dass die iranischen Techniker noch sechs bis zwölf Monate bräuchten, um daraus einen nuklearen Sprengsatz herzustellen. Je weiter das Programm voranschreite, desto geringer sei der verbleibende Nutzen des Atomabkommens. Es bestehe zudem der Verdacht, dass die Islamische Republik Iran ein größeres geheimes militärisches Nuklearprogramm unterhalte. Das Regime habe keine plausible Erklärung für die Existenz des Urans an den Standorten geliefert und behindere die Inspektoren an weiteren Untersuchungen.
https://www.sueddeutsche.de/politik/atomabkommen-mit-iran-atom-verhandlungen-1.5654974

Der Tod von Jina Mahsa Amini hat im Iran und auch weltweit eine Protestwelle ausgelöst, Insbesondere Frauen fordern ihre Rechte ein, während das Terrorregime mit Brutalität zurückschlägt, um seine Macht zu erhalten. Die iranische Bevölkerung steht nicht hinter diesen Machthabern, aber dennoch haben die Proteste das Regime nicht stürzen können, auch weil Rückverfolgungsinstrumente aus dem Westen, insbesondere Deutschland eingesetzt werden (Kameratechnologie Bosch, Software Siemens).

Die Islamische Republik Iran und ihre Revolutionsgarden (Islamic Republic Revolutionary Guard Corps) unterstützen weiterhin Terrorgruppen wie die Hamas, haben die stark ausgerüstete Hisbollah aufgebaut und ohne sie wären brutale terroristische Anschläge auf Israel nicht möglich. Die Islamische Republik Iran liefert auch Drohnen an Russland, das damit die Ukraine angreift. Wir als Europa dürfen dieses Terrorregime nicht länger unterstützen oder ihm Legitimität verleihen, indem wir durch so ein Abkommen mit möglichen Handelsbeziehungen die Machthaber stützen und innenpolitische Veränderungen verhindern.

Auch wenn das Atomabkommen mit der Islamischen Republik zunächst als großer diplomatischer Erfolg erschien und die USA das Abkommen aufkündigten - scheitert es am Willen des Regimes, in Frieden mit Israel leben zu wollen. Die Stärkung des Atomwaffensperrvertrages (NPT) ist mit der Islamischen Republik Iran und dessen Intransparenz gescheitert. Es ist höchste Zeit, die Iran-Politik zu überdenken. Auf dem Palästina-Platz in Teheran läuft eine Digitaluhr, die die Zeit bis zum Auslaufen des Atomabkommens herunterzählt, um Israel zu vernichten. Es müssen Konsequenzen gezogen, das JCPOA gekündigt und alle Handelsbeziehungen abgebrochen werden. Die Islamische Rpeublik Iran hat sein Ziel, die Vernichtung Israels, nie aufgegeben, und wir dürfen nicht zulassen, dass es dazu kommt. Die EU kann nicht mehr darüber hinwegsehen und muss eine entschlossene, neue Haltung und eine nachhaltige Politik zum Iran entwickeln. Hierfür muss die iranische Diaspora, die sich für ein freies, demokratisches Iran einsetzt, mit einbezogen werden.

weitere Antragsteller*innen

Christoph Greitemann (KV Bonn); Carsten Hammer (KV Hannover); Ewa Engel (KV Bonn); Bernhard Schrautemeier (KV Bonn); Rolf Beu (KV Bonn); Eleonore Grabowski (KV Wesel); Marc Daniel Heintz (KV Bonn); Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau); Peter Schaar (KV Berlin-Charlottenburg/ Wilmersdorf); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Ali Khademolhosseini (KV Erlangen-Stadt); Anton Felix Weinert (KV Mittelsachsen); Julius Nebel (KV Hamburg-Mitte); Josephin Seitz (KV Bonn); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Jens Marco Scherf (KV Miltenberg); Felix Elias Detzkeit (KV Hamburg-Eimsbüttel); Tilman Krösche (KV Heidekreis); Benedikt Wildenhain (KV Essen); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.